Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
4 (1890)

6 (12.1.1890)

urn:nbn:de:gbv:45:1-209371

Visual Library

Nr. 6. 4. Jahrgang. Bant-Wilhelmshaven. Sonntag, 12. Januar 1890.

Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 Mk. 50 Pf.
für 2 Monate . 1 „ — „
für 1 Monat . — „ 50 „
excl. Postbestellgeld.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform, für Politik und Unterhaltung.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolfstraße Nr. 1.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Der Mist ist in Gefahr.

Die modernen Monopolgesellschaften, deren Aufgabe es ist, auf Kosten des Volkes durch Preistreibereien und andere Kniffe und Pfiffe sich die Taschen zu füllen, sind von der deutschen Professorenweisheit der Kleinwächter und Brentano, wie von der katholischen Feudalphilosophie des Freiherrn von Vogelsang gleicherweise über den Schellenhaus gepriesen worden.

Daß die Organe der schamlosen Plusmacherei, daß die für Arbeiterunterdrückung schwärmende „Rheinisch-Westfälische Zeitung" und andere geistesverwandte Blätter in der Kartellbegeisterung schwelgen, versteht sich am Rande. Wir meinen hier nicht das politische Kartell der Bennigsen und Kleist-Retzow, sondern die wirthschaftlichen Geheimbünde, die Konventionen des Unternehmerthums, die Ringe, Trusts oder Kartelle.

Aber nicht bloß die Moniteurs des mobilen Kapitals suchen mit allen möglichen und unmöglichen Gründen die Fischzüge des verbündeten Profitmacherthums zu beschönigen, zu rechtfertigen, zu stützen, auch die Partei der Großgrundbesitzer und der Bureaukratie fand auf ihren Instrumenten gar wohlklingende Akkorde für ein preisliches Loblied auf die Kartellgründungen, die allüberall, vornehmlich aber in den Schutzzollländern, in Nordamerika und in Deutschland, wie Pilze aus der Erde schossen.

Was der Vorsitzende der vom Senat des Staates New-York eingesetzten Trust-Untersuchungskommission am Schlusse der Verhandlungen vor zwei Jahren gesagt hat: „Trust auf Trust erhebt sich, Alpen auf Alpen thürmen sich auf", das gilt heute in noch weit höherem Maße.

Es giebt nur wenig Industriezweige, noch wenig Waaren noch, in welchen nicht kartellirt wird. Kohlen, Eisen, Stahl, Oel, Zucker, Whiskey, Milch, Käse, Lammfleisch, Gummidecken, Schienen und Teppiche, Briefcouverts und Baumwollensaamenöl, Korn und Baumwolle, Alles wird von Produzenten- und Spekulationsvereinigungen liebeselig an's Herz gedrückt. Die Liebe zu höheren Preisen ist die allbeherrschende Macht, und die Geldmänner beider Kontinente denken darüber wie die Heldin des Sophokles:

„Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da."

Und diese Liebe hat Folgen, sichtbare, lebendige, von den breiten Massen scharf empfundene Folgen; die Lebensbedürfnisse werden vertheuert, während die Löhne keineswegs in steigender Bewegung sich befinden.

Das ist ja auch eines der bedeutsamsten Wahrzeichen unseres Zeitalters, daß ein Geheimbundsprozeß dem anderen auf die Fersen tritt, soweit es sich um politisch denkende, für Verbesserung ihres Looses wirkende Arbeiter handelt, während die Industriellen in festgegliederten, über Deutschland, ja bis in's Ausland, also: international ausgebreiteten Organisationen ohne polizeiliche Ueberwachung, ohne störende Eingriffe ihre Interessen im Geheimen berathen, welche den allgemeinen Interessen unmittelbar entgegengesetzt sind. Wir haben aber noch nicht gehört, daß die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches gegen diese Geheimbündler aufgerufen worden sind, trotzdem die ganze unabhängige Staatsbürgerschaft, alle Diejenigen, welche noch ein Quentchen Freimuth sich gewahrt haben, es freudig begrüßen würden, wenn die schwere Hand der Staatsgewalt sich auf die gemeingefährlichen Machenschaften der kapitalistischen Ringe vernichtend legen würde.

Indeß wir sind nicht solch einsichtslose Thoren, daß wir wähnten, Feigen vom Distelstrauch lesen zu können; es ist nicht zu hoffen, daß man eine wahre Sozialreform in's Werk setzen wird. Man könnte es nicht, wenn man es auch wollte, und man will auch nicht. Keineswegs soll damit die bona fides, die gute Absicht bestritten werden, aber Niemand kann aus seiner Haut heraus, auch unsere Bureaukratie nicht, die vom grünen Tisch aus die Volkswohlfahrt zu reguliren hat, neben der Volksbesteuerung, der Volksaushebung, der Volkserziehung und anderen Thätigkeiten der Kulturwelt. Vielleicht haben wir einmal Zeit, unseren Lesern einen kleinen Abriß zur Seelenlehre der Bureaukraten zu liefern, und wir versprechen ihnen, daß im ersten Abschnitt behandelt werden wird: Der sozialreformatorische Geheimrath.

Doch wir sind gerecht und wir scheuen uns denn doch, von den Anhängern des Welfenfonds den Vorwurf der Parteilichkeit uns aufmutzen zu lassen. Wir ergehen uns in Klagen über die kecke, rücksichtslose Auswucherung des Publikums durch die Mißwirthschaft der Preiskartelle, und soeben geht durch die Presse die Nachricht, daß die Konservativen, die Agrarier, einen Feldzug gegen solch ein Preissteigerungskartell planen.

Freilich ein Verbrauchsgegenstand ist in Gefahr, welcher für den ostelbischen Junker von hoher Wichtigkeit ist, ein Artikel, der ein Stück Lebensfrage bedeutet, ein nothwendiges Requisit der Landwirthschaft, der Mist. Nicht der natürliche, duftige, urkräftig-elementare Stalldünger, sondern ein werthvolles Kunstprodukt.

Der Viehmist reicht für die Landwirthschaft nicht aus, der Vogelmist, der Guano ist theuer, und freudig begrüßten die Landwirthe die Entdeckung, daß die Thomasschlacke sich als ein vortreffliches Düngungsmittel bewähre. Bekanntlich hat der geniale englische Techniker Gilchrist Thomas, der leider viel zu früh gestorben ist, ein Verfahren erfunden, das die Entphosphorung des Eisens und dadurch einen gewaltigen Umschwung in der Eisen- und Stahlindustrie ermöglichte.

Die bei diesem Prozeß sich ergebenden Rückstände und Abfälle, die Schlacken, sind nun ein ausgezeichneter Dünger. Von Jahr zu Jahr wuchs der Konsum der Thomasschlacke in der deutschen Landwirthschaft; unsere Agrarier machten immer mehr davon Gebrauch, da bildete sich ein Bündniß, ein Preissteigerungssyndikat für künstliche Düngungsmittel. Die Preise für Thomasschlacke schnellten in die Höhe, und dieselben Leute, welche dem nothleidenden Volk Brod, Butter, Fleisch, Speck, Zucker und Schnaps bis zum Aeußersten vertheuert hatten, wütheten gegen die „Raubritter hinter den hohen Schornsteinen", wie der alte Wagener die Schlotbarone getauft hat.

Und jetzt geht durch die Presse die Nachricht:

„Ein staatliches Einschreiten gegen Preiskartelle scheint auf Grund der unangenehmen Erfahrungen geplant zu sein, welche die Agrarier mit dem bekannten Haussesyndikat für künstlichen Düngemittel machen. Nachdem die Deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft und die Vereinigung deutscher landwirthschaftlicher Genossenschaften einen Aufruf an alle landwirthschaftlichen Vereine und die deutschen Landwirthe erlassen haben, den Verbrauch an Thomasschlacke ganz zu unterlassen oder möglichst einzuschränken und dadurch das betreffende Konsortium zu zwingen, billigere Bedingungen zu stellen, soll man nach der „K. Z." an maßgebender Stelle der Erwägung näher getreten sein, auf welche Weise dem Gebahren des Konsortiums entgegengetreten und die Verschleuderung der werthvollen Düngerschätze ins Ausland wirksam verhindert werden könne."

Was den Kornwertheurern recht ist, ist den Mistmachern billig. Hau'st du meinen Brodesser, hau' ich deinen Junker; wie du mir, so ich Dir!

Welch' ein Geschrei würden die Agrarier erheben, wenn sich ein deutscher Antikornzollbund bilden, um sie zu zwingen, für den Bezug von Brodkorn „billigere Bedingungen zu stellen".

Nun aber ihr Geldbeutel bedroht ist, nur ein Titelchen der Grundrente abzubröckeln in Gefahr ist, da erhebt sich das Junkerthum wie Ein Mann und wettert gegen die Unsittlichkeit und den Frevelsinn der Syndikate, Ringe und anderer Monopole. Als ob sie nicht selbst das thäten, was Sebastian Brant vor 396 Jahren in seinem „Narrenschiff" gegeißelt:

„Dem soll man greifen an die Hauben
Und ihm die Milden wohl abklauben,
Flugfedern frisch ihm ausgerupft,
Der heimlich in den Vorrath kauft,
So Korn als Wein im ganzen Lande
Und fürchtet Sünde nicht noch Schande,
Daß nichts ein armer Mann mehr finde,
Verhungern muß mit Weib und Kinde.
Wenn jetzt der Wein nur zehn Pfund galt,
Sind wir noch einen Monat alt,
Zahlt man dafür auch dreißig gern;
So geschieht's nicht Roggen, Weitzen, Kern.
. . . . . .
Die Juden trifft nicht so der Fluch:
Die wissen jetzt kaum mehr zu bleiben,
Weil Christenjuden sie vertreiben,
Die mit dem Judenspieße rennen;
Ich könnte sie mit Namen nennen.
Die treiben auch den schlimmsten Handel,
Das Gesetz schweigt still zu solchem Wandel."

Nun, die Agrarier zetern ja jetzt nach Staatshülfe. Natürlich nicht nach einer Gesetzgebung, welche die Lebensmittelvertheurern aus dem Sattel hebt und bessere Zustände schafft, sondern nach einem „Spezialgesetz", nach einem Ausnahmegesetz gegen die Düngerfabrikation.

Wir wollen sehen, ob solch' ein Mistvertheuerunggesetz auf der Bildfläche erscheint.

Der vaterländische Mist ist in Gefahr. — — — —

(Berl. Volksbl.)

Politische Rundschau.

Bant, den 11. Januar.

Berlin, 9. Jan. Nach einer kaiserlichen Verordnung vom gestrigen Tage finden die **Neuwahlen zum Reichstage am 20. Februar statt.** Das deutsche Volk wird am 20. Februar zeigen, wie es über die bisherige Haltung der herrschenden Parteien denkt. Der neue Reichstag ist der erste, dem das Wohl und Wehe der Nation für 5 Jahre anvertraut wird; angesichts dieser Thatsache ist es eigentlich überflüssig, noch besonders auf die Wichtigkeit des bevorstehenden Wahlaktes aufmerksam zu machen. Die deutsche Sozialdemokratie steht gerüstet da, ihre Wahlvorbereitungen sind abgeschlossen, auch der letzte Mann weiß, was er soll und was er will. Es gilt jetzt, das Banner unserer gemeinschaftlichen Sache hochzuhalten, die letzten Wochen noch mit äußerster Anstrengung auszunutzen, damit der 20. Februar ein Siegestag in der proletarischen Bewegung Deutschlands wird. Mit der Bekanntmachung des Wahltages tritt die Bestimmung des § 43 der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 in Kraft, wonach zur Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken, auch auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten eine polizeiliche Erlaubniß in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahlaktes nicht erforderlich ist. Dasselbe gilt ebenso bezüglich der gewerbsmäßigen wie der nicht gewerbsmäßigen Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken.

— Die Reichsregierung geht ernstlich mit dem Gedanken um, für das ganze Reichsgebiet eine einheitliche Zeitrechnung einzuführen. Nicht blos für Post, Telegraphie und Eisenbahnen würde die neue Rechnung gelten, sondern auch für das ganze bürgerliche Leben. Es ist viel in den Blättern die Rede von der einheitlichen Zeitrechnung gewesen, aber man hat doch nicht angenommen, daß die Regierung ernstlich damit vorgehen wolle.

— Der frühere Oberpräsident der Rheinprovinz, Herr von Bardeleben ist in Berlin gestorben.

— Anläßlich der Neuerungssucht, welche gegenwärtig beim Militärwesen besonders stark ausgeprägt ist, wird man unwillkürlich an den Witz erinnert, nach welchem ein Mann, welcher seiner Frau einen Hut gekauft hatte, im Sturmschritt nach Hause lief, aus Angst darüber, daß derselbe inzwischen wieder aus der Mode kommen könne. Auch beim Militär geht es nun so ähnlich. Kaum daß ein Gewehrsystem vollständig ausgearbeitet ist, beschäftigt man sich schon wieder mit einem neuen Modell, welches das alte vollständig über den Haufen wirft. Die neuen Patrontaschen, von welchen der Kriegsbedarf noch nicht einmal vollständig angefertigt ist, taugen nun plötzlich auch wieder nichts mehr und müssen — noch ehe sie alle fertig! — schon wieder abgeändert werden. Fast wäre man geneigt, sich über diese Neuerungsucht herzlich lustig zu machen, wenn nicht diese Spielereien dem Volke horrendes Geld kosten würden, dabei aber doch für die Schlagfertigkeit des einzelnen Mannes vielfach jedes praktischen Werthes entbehren.

— Aus Bayern. Die Bäckermeister und Mehlhändler in Passau haben an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in welcher sie unter eingehender Motivirung bitten: „Es wolle im Wege der Reichsgesetzgebung bei Brod und Mehl die Zolleinfuhrsbegünstigung gänzlich beseitigt, eventuell bestimmt werden, daß die Begünstigung zur zollfreien Einfuhr von Ko.-Brod und -Mehl für jede Haushaltung des Grenzbezirkes nur für diejenigen Orte Platz greifen dürfte, an welchen nach dem Ermessen der betreffenden Landesregierungen hierzu ein Bedürfniß besteht."

— Die Nachricht von der Gefangennahme von Offizieren der Wißmannschen Schutztruppe wird dem „Berl. Tagebl." aus Sansibar vom Freitag gemeldet. Darnach wird in Sansibar befürchtet, daß Bana Heri den Premierlieutenant von Gravenreuth und zwei Offiziere der deutschen Schutztruppe gefangen genommen hat.

— Unser famoser Kartellreichstag wird vom Stöcker'schen „Volk" also gekennzeichnet: „Der würdelose Eindruck, den der Reichstag fast stets macht, hatte sich in jüngster Zeit noch verstärkt. Es war fast keine Sitzung beschlußfähig. Sachliche Leistungen irgend hervorragender Art hat der Reichstag in der Sitzung vor Weihnachten nicht aufzuweisen. Wenn er nicht in einem sehr unvortheilhaften Geruch aus dem Leben scheiden will, wird der Reichstag in diesen Wochen sich sehr zu seinem Vortheile ändern müssen." Die Aussicht, sich zu ändern, ist bei diesem Reichstag nicht vorhanden. Die „N. Z." meldet nämlich: „Von den Abgeordneten sind bis jetzt erst so wenige eingetroffen, daß heute an ein beschlußfähiges Haus nicht zu denken ist." Und wie der Anfang, so das Ende.

— Der Entscheid der Reichskommission, betr. Aufhebung des Verbots des „Sächsischen Wochenblattes" lautet wie folgt: „Unzweifelhaft sind es sozialdemokratische Tendenzen, welche, wie überhaupt in dieser Zeitschrift, so auch in Nr. 141 des laufenden Jahrganges hervortreten, und geschieht dies in dem von

Landesbibliothek Oldenburg

der Verbotsbegründung angezogenen Artikel † Burg auch in einer den öffentlichen Frieden insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise. Insoweit ist der Verbotsbegründung in vollem Umfange beizustimmen. Dagegen fehlt es auch hier wieder an dem Nachweise, daß jene Bestrebungen auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtet sind. Es kann dahin gestellt bleiben, ob in dem Falle, wenn derartige Aufreizungen zum Klassenhasse regelmäßig in allen Nummern der Zeitschrift oder auch nur in den meisten derselben wiederkehrten, sich die Annahme rechtfertigen ließe, daß es durch Erregung einer zu Gewaltthaten geneigten und bereiten Stimmung in den Arbeiterkreisen auf gewaltsame Durchsetzung der Parteiziele, d. h. auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung abgesehen sei. Dieser Fall liegt indessen bis jetzt nicht vor, wenn auch freilich die sozialdemokratischen Bestrebungen in dem „Sächsischen Wochenblatt" in einem scharfen Tone vertreten werden. Muß das Verbot der Nummer 141 aufgehoben werden, so fällt das Verbot des ferneren Erscheinens der Druckschrift, welches die Bestätigung des ersteren Verbots zur nothwendigen Voraussetzung hat von selbst hinweg."

Hamburg, 10. Jan. Die gestrige Versammlung des hiesigen Zentral-Vorstandes der Freisinnigen sprach sich gegen jedes Kompromiß mit den Kartellparteien aus, beschloß als Kandidaten Dr. Barth-Berlin im ersten, Schuldirektor Dr. Dränert-Hamburg im zweiten, Gastwirth Adloff im dritten Wahlkreis aufzustellen.

Chemnitz, 9. Jan. Die seit längerer Zeit zwischen den hiesigen Kartellparteien und den Deutschfreisinnigen geführten Verhandlungen zur Aufstellung eines gemeinschaftlichen Kandidaten hatten bisher keinen Erfolg und waren so gut wie abgebrochen. Jetzt sind sie jedoch wieder aufgenommen von einigen hervorragenden hiesigen Großindustriellen, die zu einer von Vertretern der konservativen, nationalliberalen und deutschfreisinnigen Partei besuchten Sitzung einluden, in der man sich schließlich über Folgendes einigte: Die Kartellparteien stellen bei der am 14. Januar stattfindenden Ergänzungswahl zum sächsischen Landtage keinen Kandidaten auf und verpflichten sich, den Kandidaten der Deutschfreisinnigen, Fabrikant Esche, zu unterstützen; die Deutschfreisinnigen dagegen verpflichten sich, bei der Reichstagswahl keinen eigenen Kandidaten aufzustellen und für den Kandidaten der Kartellparteien, Baumeister Anke, einzutreten. Die sofort einzuberufenden Generalversammlungen der betheiligten Parteien habe diese Beschlüsse noch zu genehmigen. Bei den Konservativen und Nationalliberalen findet diese Genehmigung bestimmt statt, bei den Deutschfreisinnigen ist sie höchstwahrscheinlich, denn ein sächsisches Landtagsmandat ist nicht zu verachten und dabei kann das Prinzip zum Teufel gehen. Daß diese Partei sich noch einbildet, ein Sozialdemokrat würde bei Stichwahlen für sie eintreten, ist zum Lachen.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Januar. In dem Aufruf, mittelst welchem sich die Sozialdemokraten von der Linken lossagen, heißt es: „Die Linke ist eine für uns fremde Partei, die selbst nicht weiß, was sie will; sie hat den Bauern genützt und damit ihre Pflicht erfüllt. Es knüpft sich keine neue Hoffnung an den Rest ihrer Tage." Vorläufig sind nur 10 sozialistische Kandidaten aufgestellt, und zwar 3 in Kopenhagen (im 5., 8. und 9. Wahlkreis, der 5. Kreis ist bisher von einem Sozialdemokraten vertreten worden), 1 in der Kopenhagener Vorstadt Frederiksberg und je 1 in Odense, Randers, Skanderborg, im 3. und 4. Wahlkreis des Amtes Viborg, sowie im 3. Wahlkreis des Amtes Aarhus. In der Stadt Aarhus hat die Sozialdemokratie noch keinen Kandidaten aufgestellt, vielleicht aus Rücksicht auf den ihr nahe stehenden bisherigen Vertreter der Stadt, Dr. Pingel, welcher der äußersten Linken angehört. In dem Aufruf wird bemerkt, daß außer in den genannten 10 Wahlkreisen gegenwärtig noch keine Hoffnung für den Arbeiterstand sei, mit eigenen Kandidaten durchzudringen.

Oesterreich.

Prag, 10. Januar. In dem westböhmischen Steinkohlenreviere macht sich neuerlich eine Strikebewegung geltend. Die Belegschaften der Humboldtzeche des Westböhmischen Bergbauaktienvereins stellten die Arbeit ein, nahmen dieselbe jedoch wieder auf, da ihnen Lohnerhöhung in Aussicht gestellt wurde. Die Bergleute der Pankrazzeche unterfertigten eine Note, in der sie die Erfüllung früherer Zusagen verlangen, widrigenfalls sie striken wollen.

Belgien.

— Wie die „Voss. Ztg." schreibt, hat die Vereinigung der Kohlengruben-Besitzer in Charleroi nach zweistündiger Berathung mittelst geheimer Abstimmung die maßvollen Anträge der Bergleute abgelehnt; sie überläßt jeder Kohlenzeche, ob sie die Schichtdauer vermindern und die Löhne erhöhen will. In Charleroi, wo dieser Beschluß gestern in später Abendstunde bekannt wurde, rief er das peinlichste Aufsehen hervor. Die Bergarbeiter selbst „halten aber fest". Heute ist der Ausstand im Becken Charleroi ein allgemeiner; auch die Kohlenzechen der unteren Sambre haben den Betrieb einstellen müssen. Im Lütticher Becken wächst der Ausstand am ganzen linken Maasufer; in Jemappe, in Marihaye feiern die Kohlenzechen. Im Borinage, in welchem man die Entscheidung der Kohlenzechen Charlerois erst heute erfahren wird, hatten schon bis gestern Abend 6000 Bergleute die Arbeit eingestellt. Unter dem jubelnden Zurufe der Bergleute in Cuesmes rief der einflußreichste Führer des Borinage und Mitglied des Generalraths der belgischen Aeiterpartei, Herr Fauvian: „Der König fordert, daß ihm das Land seinen mot d'ordre giebt. Der mot d'ordre der arbeitenden Klassen ist: Wir wollen den gerechten Lohn und das allgemeine Stimmrecht." Der Ausstand wird wachsen, und es stehen der belgischen Industrie, aber auch dem Lande selbst böse Tage bevor. Die allgemeine Stimmung spricht sich nicht günstig über die Großindustriellen aus. Inzwischen rüstet sich die Arbeiterpartei zum Widerstand. Die Genter Sozialisten, stets die Ersten im Kampfe, haben sofort den wallonischen Brüdern 200 Franks gesendet und auf heute die Komitees aller sozialistischen Gesellschaften einberufen, um die Hülfe zu organisiren. Bisher ist im Becken Charleroi noch wenig Noth unter den Bergarbeitern zu spüren; die Händler stehen auf Seiten der Arbeiter und helfen ihnen. Kapitalistische Blätter verbreiten die Nachricht von einem Dynamitattentat, das gegen das Haus eines Bergwerksaufsehers gerichtet gewesen sein soll. Man will den Bergarbeitern die Sympathieen des Bürgerthums rauben.

Frankreich.

Paris, 10. Jan. Der morgige Ministerrath beräth eine Erklärung, mit welcher das Kabinet vor der Kammer die Vertrauensfrage stellen wird. — Tenot, Redakteur der „Gironde" und der „Rep. francaise", Verfasser der klassischen Werke über den Staatsstreich, ist gestorben.

England.

— Gleich Churchill hat auch ein anderer angesehener Konservativer sich für die staatliche Kürzung der Arbeitszeit erklärt. Karl Dunraven, der Vorsitzende des vom Oberhause zur Untersuchung des Ausbeute- (sweating) Systems des londoner Ostendes eingesetzten Ausschusses, verbreitete sich gestern in einer in Liverpool gehaltenen Rede über verschiedene das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit berührende Fragen. Uebermäßig ausgedehnte Arbeitszeit sei dem Arbeiter schädlich, gefährlich für das Gemeinwesen, ein Aegerniß für die Gesittung und völlig unmenschlich. Die Arbeitszeit müsse verkürzt werden, damit mehr Arbeiter Beschäftigung fänden. Durch Vereinigung sei es dem Arbeiter gelungen, höhere Löhne zu erzielen, aber zugleich habe dadurch die Zahl der Unbeschäftigten zugenommen. Die Frage sei: könne die Arbeitszeit verkürzt werden, ohne daß die Löhne fielen und die Industrie Schaden nähme? Gelernte Handwerker hätten in den letzten Jahren viel gewonnen, das Kapital aber unverhältnißmäßig mehr. Lord Dunraven bekannte sich offen als Anhänger der staatlich beschränkten Arbeitszeit, unbeschadet aller sonstigen Kontraktfreiheit. In einem modernen Staatswesen mit weitgehendem Stimmrecht müsse jeder Wähler Zeit und Muße zu seiner Ausbildung haben. Von Schiedsgerichten in Arbeitsstreitigkeiten hält Lord Dunraven nicht viel, mehr von Versöhnungsämtern zur Verhinderung von Streiks. Eine ungeheuere Menge von Gesetzen, welche im Interesse der Arbeiter erlassen seien, wären thatsächlich ein todter Buchstabe, weil das Handelsamt zu verschiednartige und zu viele Geschäfte abzuwickeln habe. Vielleicht wäre es das Beste, ein eigenes Departement für Arbeiterangelegenheiten zu schaffen, welches am Ende auch eine Art von Berufungsinstanz bilden könne, wenn die Parteien gegen die Versöhnungs-Aemter remonstrirten.

Großbritannien.

— Die schottische Arbeiterpartei hielt letzte Woche in Glasgow ihre erste Jahresversammlung ab. Der von der Partei unterstützte Abgeordnete für Govan, John Wilson, wurde in dem verlesenen Berichte getadelt, weil er im Parlament noch nicht gezeigt habe, daß er für die Rechte der Arbeiter kämpfen wolle. Scharfe Worte fielen gegen die Politiker, welchen ehrliche grundsatztreue einfache Leute meistens nicht trauen könnten.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung vom 8. Januar.

Eröffnung 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Kontreadmiral v. Heusner, Graf Lerchenfeld.

Bei sehr schwach besetztem Hause eröffnet der Präsident von Levetzow die Sitzung und gedenkt des Ablebens der Kaiserin-Wittwe Augusta.

Die Sitzung wird aufgehoben.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr.

39. Sitzung vom 9. Januar.

Der Präsident macht dem Hause Mittheilung von dem Ableben des Abg. Leuschner (Reichsp.), zu dessen Andenken sich die Mitglieder von den Sitzen erheben.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Marineetats. Die Kap. 45 „Oberkommando", Kap. 46 „Reichsmarineamt", Kap. 47 „Deutsche Seewarte" werden ohne Debatte bewilligt.

Bei Kap. 48 „Stationsintendanturen", Titel 2 „Bureaubeamte" richtet

Abg. Rickert (dfr.): Die Anfrage an die Regierung, aus welchen Gründen auch in diesem Etat von Neuem Intendantur-Sekretäre in Kiel zur Werftverwaltung abkommandirt seien und während die Stellenzahl der Intendantur-Sekretäre vermehrt werde, ohne die zur Verfügung stehenden Sekretäre zurückzurufen. Es liegt auf der Hand, daß eine Zurückberufung der Intendantur-Sekretäre einen finanziell günstigen Effekt für die Verwaltung bedeute. Im Etat von 1880 sei zudem eine Trennung der Werftsekretäre und Intendanturfekretäre in Aussicht genommen, bis jetzt jedoch nicht durchgeführt.

Geheimrath Richter erwidert, daß die Abkommandirung von Intendanturfekretären zur Revision von Werften eine dauernde Einrichtung sei, daß also diese Sekretäre nicht mehr zurückberufen werden könnten.

Abg. Rickert ist der Ansicht, daß in diesem Falle die Beamten etatsmäßig als Werftbeamte angestellt werden müßten. Wenn derartige Revisionsbeamten nöthig seien, müßte ihre etatsmäßige Anstellung im Budget gefordert und begründet werden. Das jetzige Verfahren führte zu Irrungen.

Geheimrath Richter bemerkt, daß eine Gleichstellung der Werftsekretäre mit den Intendanturfekretären, wie sie sich so ergeben würde, sich nicht durchführen lasse, da die ersteren eine andere Vorbildung hätten.

Abg. Rickert macht darauf aufmerksam, daß früher beabsichtigt worden ist, beide Beamtenkategorien vollständig gleichzustellen. Es sei ihm neu, daß die Intendantur-Sekretäre eine andere Vorbildung als die Werftbeamten haben müßten.

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt; desgleichen der Rest des Kapitels und die Kap. 49 „Rechtspflege" und 50 „Seelsorge".

Zu Kap. 51 „Militärpersonal, Titel 1 Admirale", findet sich eine Mehrforderung für die neu einzurichtende Stelle eines dritten Vizeadmirals.

Abg. Freiherr v. Franckenstein (Ztr.): Wir haben in der Kommission die Absetzung dieser Forderung beantragt, und ich wiederhole diese Forderung auch heute. Die Ausgaben für den Marineetat sind namentlich in diesem Jahre wesentlich gestiegen. Zur Begründung dieser Mehrforderung wird ausgeführt, daß der Vizeadmiral nothwendig sei für die Flottenmanöver. Bisher hat es an der Leitung der Flottenmanöver nicht gefehlt, und ich glaube, daß es bei den jetzigen großen Ausgaben bei den bisherigen Verhältnissen bleiben kann.

Staatssekretär des Reichsmarineamts, Kontreadmiral Heusner: Bei dieser Mehrforderung ist ausschlaggebend das Interesse unserer Flottenmanöver. In jedem Jahre werden Flottenmanöver abgehalten, zu deren Leitung bisher Kontreadmirale berufen wurden, die aus den Stationschefs resp. Inspekteuren genommen werden. Die dienstliche Stellung dieser Beamten ist aber derart, daß sie nur unter Vernachlässigung ihres eigentlichen Dienstes zu den Flottenmanövern herangezogen werden können. Sie können, wenn sie zu den Manövern abreisen, Vertreter stellen nur für die laufenden Geschäfte und wenn sie von den Manövern zurückkehren, bleibt ihnen die doppelte Arbeitslast gerade für die wichtigsten Entschließungen, wodurch bei dem Mangel an Zeit möglicherweise eine Schädigung der Marineinteressen herbeigeführt werden könne. Der Titel eines Vizeadmirals ist aus militärischen Gründen für den Leiter der Flottenmanöver erforderlich. Ich halte deshalb das Bedürfniß eines neuen Vizeadmirals für begründet und beantrage die Ablehnung des Antrages Franckenstein. In der Kommission ist ja auch das Berechtigte der Forderung anerkannt worden; zu meinem Bedauern und meiner Ueberraschung ist sich die Kommission nicht in allen Titeln konsequent geblieben, sondern hat bei dem Seeoffizierkorps Streichungen vorgenommen, obwohl bereits die Denkschrift von 1887—88 sie vorgesehen hat.

Abg. Rickert: Die Forderung für diesen Vizeadmiral, der lediglich Manöveradmiral sein solle, sei nicht genügend motivirt. Es sei bedauerlich daß die Marine-Verwaltung sich nicht in dem Rahmen der früheren Denkschrift halte und jede neue Ueberschreitung in einer Weise begründe, als ob die ganze Flotte nichts werth sei, wenn diese nicht bewilligt werde. Die enorm steigende Vermehrung des Personals der Marine entbehre überhaupt bisher einer den Reichstag überzeugenden Begründung und es sei Pflicht des Reichstages, die Marineverwaltung aufzufordern, daß sie Klarheit schaffe und die Rechnung aufstelle über zukünftig geplante Engagements. Die jetzige Flotte reiche aus, die Küstensicherheit zu schaffen. Die Forcirung des Schiffbaues sei eine Landeskalamität und werde neue Steuern nöthig machen.

Abg. Frege: Die Anschauungen der Marineverwaltung seien unverändert geblieben. Die vermehrten Ausgaben für die Marine beruhten nicht auf einseitiger Baulust der jetzigen Verwaltung, sondern auf der allgemeinen Entwickelung der Schiffsbaukunst. Der dritte Vizeadmiral habe ähnliche Funktionen wie der Generalstab der Armee und sei deshalb nothwendig. Eine starke Marine sei auch im Interesse des Exporthandels erforderlich.

Abg. Behr: Unsere Marine verfolge keine anderen Zwecke, wie früher. Rickerts Reden machten den Eindruck, als wolle man das Volk aufregen. (Ordnungsruf.)

Abg. Bennigsen: Deutschlands Finanzen reichten freilich nicht aus, um eine Marine ersten Ranges zu erhalten, unsere Flotte müsse aber so vorzüglich wie möglich sein, um durch Intensivität ersetzen, was an Extensivität fehlt. Der Schlachtenschiffbau sei unabwendbar, sonst müsse unsere Flotte sich bei einer Blockade im Kriege verkriechen.

Abg. Franckenstein: Das Zentrum widerstrebe nicht der Entwicklung der Marine, wünsche aber ein langsameres Tempo im Schiffsbau.

Abg. Rickert: Alle Redner suchten zu verdecken, daß eine Offensivflotte geplant sei. Zur Vertheidigung seien Deutschlands Küsten schon 1870 genug gesichert gewesen, auch der deutsche Handelsstand verlange nicht die Vergrößerung der Flotte und finde den jetzigen Schutz ausreichend.

Staatssekretär im Reichsmarineamt Heußner: Der Neubau der Schiffe sei erforderlich zur wirksamen Vertheidigung; aus militärischen Gründen müsse der dritte Vizeadmiral geschaffen werden, der im Rang über den anderen stehe. Deshalb sei ein Ersatz durch den Kontreadmiral oder Stationschef unangängig.

Bei der Abstimmung wird entgegen dem Antrag Franckenstein die Stelle des dritten Admirals gegen Zentrum und Freisinnige angenommen und darauf das Kapitel: „Militärpersonal" mit den Abstrichen der Budgetkommission bewilligt. Bei dem Kapitel „Indienststellung der Schiffe" spricht Abg. Richter über die durch die Nordlandfahrt des Kaisers bedingte längere Indienststhaltung der „Hohenzollern". Die Mehrkosten, die dadurch entstanden sind, gehörten in die Krendotation, nicht in den Marineetat, ebenso gehöre die Kameruner Dampfbarkasse in den Lokaletat Kameruns. Er stimme gegen Mehrkosten, die zur Verfolgung privater und kolonialer Zwecke entstanden seien.

Bei einem ferneren Kapitel, „Verwaltungswesen", bespricht Abg. Kruse (natl.) die Unterschleife bei Lieferungen.

Heusner giebt das Vorkommen bedauerlicher Unzuträglichkeiten zu, will sich aber wegen der noch ausstehenden Untersuchung nicht weiter äußern.

Abgg. Rickert und Woermann bemängeln die Lieferungsbedingungen der Marineverwaltung, die viel zu klausellirt und zu streng seien.

Nach längerer Debatte, an der sich wiederholt Abg. Rickert und Heusner betheiligen, wird der Rest der dauernden Ausgaben bewilligt.

40. Sitzung vom 10. Januar.

Fortsetzung der Berathung des Marineetats und außerordentliche Ausgaben.

Abg. Rickert: Er habe gehört, daß einzelne Schiffe trotz der bewilligten Kosten noch nicht begonnen seien; er wünsche eine Aufklärung darüber, ob bis zum 1. April die bewilligten Summen aufgebraucht würden. Der Aviso für größere Kommandoverbände sei nicht nothwendig. Die Personen des Kaisers wolle er nicht in die Debatte ziehen. Der jetzt gebrauchte „Hohenzollern" sei noch feststichtig. Der Referent sage, ältere Schiffe sollen verkauft werden, um die Mittel zur Erweiterung der Docks und Magazine zu gewinnen. Der Marinechef Heusner erkläre, die Docks und Magazine genügten selbst für die Neubauten, dies widerspreche sich. Er wiederhole, daß nach Caprivis ein Systemwechsel eingetreten sei.

Marinechef Heusner: Nur unbrauchbare Schiffe würden verkauft. Von den bis April bewilligten Geldern seien 2 Millionen übrig. Zwar reichten die Docks und Magazine aus, er könne aber keine Verpflichtung übernehmen, daß bei der Neubautenvollendung nicht Erweiterungen nöthig seien. Ein Aviso für größere Kommandoverbände sei erforderlich, um das kaiserliche Hauptquartier aufzunehmen.

Abg. Windthorst mahnt zur äußersten Sparsamkeit. Die Regierung möge den Bogen nicht überspannen. Caprivi habe gehen müssen, weil er den zweifelhaften Uebergang zu dem neuen System mißbilligte. Die Forderung eines kaiserlichen Aviso mache einen schlechten Eindruck im Lande. Ihm selbst sei die Nothwendigkeit nicht nachzuweisen. Nelson habe ein solches Schiff nicht gebraucht. Man solle dem künftigen Reichstag und damit den Wählern die Entscheidung überlassen.

Landesbibliothek Oldenburg

Abg. Woermann hält die sämmtlichen Schiffsneubauten für gerechtfertigt durch die Ausdehnung unserer Handelsflotte und Kolonialpolitik. Die neue Kaiserjacht sei für Manöverzwecke erforderlich.

Abg. Richter: Die jetzt fast ins abenteuerliche gehende Flottenvermehrung entspreche einer subjektiven Marineliebhaberei an gewisser Stelle. Die Handelsflotte bedürfe zum größten Theil gar keines Schutzes von Kriegsschiffen. Die Kolonialpolitik sei eine so kostspielige Flottenvermehrung nicht werth. Die für die neue Kaiserjacht angeführten Gründe widersprechen einander, indem bald die Vergnügungs- bald Kriegszwecke dafür angeführt würden. In einer Zeit, wo an die Finanz- und Wehrkraft des Landes solche Ansprüche gemacht würden, müsse man auf den Bau von Luxusdampfern verzichten. Habe man doch den freisinnigen Antrag auf eine Theuerungszulage für die Unterbeamten, die nur 4 Millionen betragen hätte, aus finanziellen Gründen abgelehnt, das möge vor dem Lande verantworten, wer wolle.

Abg. Frege: Er staune, daß die Freisinnigen ihre Vorliebe für die Marine verloren hätten. Wenn Richter so sparsam sei, möge er das Geld für die Theuerungszulage aus dem Reichstagsdaufonds nehmen. Der kaiserliche Aviso sei kein Luxusbau, sondern dienstlich nothwendig.

Abg. v. Bennigsen: Es handle sich nicht um Flottenvermehrung, sondern um Ersatz von Schiffen veralteter Konstruktion. In Betreff des Avisos bemerke er, daß der „Hohenzollern" schon 15 Jahre alt sei. Es sei unwahr, daß der Aviso nur für den Kaiser bestimmt sei. Die deutsche Nation freue sich, daß der Kaiser ein warmes Herz für die Marine habe und an den Manövern als Höchstkommandirender theilnehmen wolle. 1870 würde sich Niemand geweigert haben, dem Kaiser eine jährliche Dotation zu bewilligen, wenn nun nach 20 Jahren die erste Forderung für den Kaiser gestellt würde, könne man nichts einwenden

Abg. Franckenstein wiederholt seine Mahnungen zur Langsamkeit im Schiffsbau.

Darauf werden die Neubauten nach den Kommissionsbeschlüssen bewilligt.

Bei Titel 21 „Kaiserjacht" bemerkt Abg. Richter Bennigsen gegenüber, daß im vorigen Jahr der Landtag die Krondotation erhöht habe. Es sei Pflicht des Parlaments, jetzt der auftretenden Neigung zur Verschwendung entgegenzutreten.

Heusner tritt nochmals für Bewilligung ein.

Abg. Stolberg-Wernigerode: Der Aviso sei nöthig zur Besichtigung der Marine.

Darauf wird die Kaiserjacht gegen die Stimmen der Freisinnigen und des Zentrums bewilligt. (Franckenstein und Huene stimmen dafür. Die Forderung für ein Dienstgebäude des Oberkommandos wird abgelehnt und hierauf der Rest des Marineetats erledigt,

Aus Stadt und Land.

Wilhelmshaven, 10. Jan. Wie besorgt doch manche Leute für unsere Stadt sind, davon liefert eine in Nr. 1 vom 4. Januar der in Hamburg erscheinenden „Fachzeitung für Schneider" enthaltene Annonce den besten Beweis. Wir können nun, nach den sonstigen Maßnahmen des Herrn gerechnet, schlechterdings nicht begreifen, wie der ehrenwerthe Herr so plötzlich auf den Einfall gekommen ist, eine Arbeiterzeitung, deren Redakteur zu allem Ueberfluß auch noch sozialdemokratischer Reichstagskandidat ist, durch Annoncen in ihrer Existenz zu unterstützen, und möchten wir fast glauben, daß die Annonce irrthümlich in die Spalten der „Fachzeitung für Schneider" gekommen ist. Die betreffende Annonce lautet wörtlich:

Günstige Gelegenheit!

Einem tüchtigen Geschäftsmann der

Spezial-Tuchausschnitt-Branche

ist am hiesigen Platze Gelegenheit geboten, in bester Lage ein rentables Geschäft zu errichten. Die Stadt zählt 15 000 Einwohner und hat gute, kaufkräftige Umgebung. Ein zu diesem Geschäft vorzüglich geeigneter **Laden** mit Wohnung und guten Lagerräumen ist zum März oder später in meinem vollständig neuen, eleganten Hause an der verkehrdreichsten Straße zu vermiethen. Das Geschäft würde konkurrenzfrei sein. Zu näheren Mittheilungen ist gern bereit

Theodor Süß, Wilhelmshaven.

Es rührt uns blos die vorsorgliche Thätigkeit des Herrn Inserenten, unsere Stadt mit solch einem Geschäft beglücken zu wollen und können wir deshalb auch nicht umhin, ihm unsere öffentliche Anerkennung zu zollen, was wir um so lieber thun, da wir von dem „Mangel" derartiger Geschäfte am hiesigen Orte vollständig überzeugt sind und das Fehlen eines weiteren Geschäftes schon recht drückend empfunden haben!

Jever, 11. Jan. Heute früh ist einer unserer besten Kämpfer für die Arbeitersache, der Schneidermeister G. Lindemann, an der tückischen Krankheit der „Schwindsucht" verstorben. Unwandelbar treu und überzeugt, daß die Verwirklichung des Sozialismus werth ist, eine Lebensaufgabe zu sein, hat derselbe für ihn gekämpft und gestrebt bis zu letzten Athemzuge. Bei der Wahl 1887 aus dem Kriegerverein zu Jever wegen seiner politischen Gesinnung auszutreten gezwungen, war sein innigstes Verlangen, die kommende Reichstagswahl und somit die Erfolge seiner Partei noch zu erleben. Leider war es ihm nicht gestattet; kurz vor der Wahl rief der unerbittliche Tod ihn ab. Parteigenossen! Begleitet Euren, unseren braven treuen Genossen so zahlreich wie möglich zur letzten Ruhe, auf daß die Philister und Spießer, die ihm ihre Achtung nicht versagen konnten, sehen, wie die Arbeiter ihre Todten beerdigen. Ehre seinem Andenken!

Jever, 10. Jan. Die Selbstmorde scheinen hier mit Beginn des neuen Jahres sehr überhand zu nehmen. So wurden gestern Morgen bei der Polizei zwei Fälle durch Selbstmord angemeldet. Gegen 8 Uhr fand man im Blankgraben die Leiche eines jungen Mädchens, welches, wie die Fama zu erzählen weiß, aus Liebesgram dort den Tod gesucht haben soll. Eine Stunde später traf die Nachricht ein, daß der Arbeiter Samuels im Schützenhof durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht habe. (Gem.)

Varel, 7. Januar. Was Alles in Beeinflussung der Arbeiter geleistet werden kann, davon giebt nachstehender Paragraph der Fabrikordnung der „Aktiengesellschaft für Maschinenbau und Eisenindustrie zu Varel a. d. Jade" ein beredtes Zeugniß. Derselbe lautet:

Mit den Bestimmungen des § 2 ist die Theilnahme an Versammlungen, Vereinen oder die Mitgliedschaft solcher Fachvereine für Schlosser und Metallarbeiter nicht vereinbar, welche sich mit zur Aufgabe machen:

1. Unterstützung an reisende Mitglieder zu zahlen oder solche Mitgliedern anderer Schlosser- und Metallarbeiter-Fachvereine gewähren;
2. Unterstützung derjenigen Mitglieder, welche durch Aussperrung oder Arbeitseinstellung arbeitslos werden;
3. Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens.

Mitglieder der oben bezeichneten Vereine können hier nur in Arbeit treten, nachdem sie ihren Austritt aus den Vereinen angezeigt haben oder solches unverzüglich thun wollen. Zuwiderhandlungen werden mit Lohnabzügen oder Geldstrafen und sofortiger Entlassung bestraft.

Zum besseren Verständniß wollen wir hier auch noch den obenangeführten § 2 dieser famosen Fabrikordnung folgen lassen:

Mit der Annahme übernimmmt der Eintretende die Verpflichtung, die ihm übertragene Arbeit mit Fleiß und Sorgfalt auszuführen, den Vortheil des Werks nach besten Kräften zu wahren, zu fördern und Alles zu vermeiden, was die Arbeit und Ordnung auf dem Werk stören und demselben Nachtheil bringen könnte.

Für's erste scheint der Herr Direktor Lübbers, welcher, wie es den Anschein hat, die Fabrikordnung im Frühjahr 1889 revidirte, die Gewerbeordnung und den § 152 derselben gar nicht zu kennen und zweitens sind die Arbeiter auf den betreffenden Werken aufrichtig zu bedauern, daß sie sich eine derartige Fabrikordnung aufdrängen lassen. Leider sind die hiesigen Arbeiter schon soweit abgestumpft, daß ihnen jegliche Kraft zum Handeln, beinahe abhanden gekommen ist. Bei einem Lohne von 1,80 M. für gewöhnliche Arbeiter und 2,30 M. für Handwerker für 10½ bis 11½stündige Arbeitszeit ist es aber auch nicht zu verwundern, wenn dieselben immer mehr und mehr in ihrem eigenen Elend versumpfen, wenn die familiären Verhältnisse von Tag zu Tag schlechtere werden. Um wenigstens einigermaßen noch auszukommen, ziehen die Arbeiter oft stundenweit von der Fabrik ab, um nur an der Miethe etwas zu ersparen, wie denn überhaupt nicht einmal ein Drittel der auf dem Werke Beschäftigten in der Stadt wohnen kann wegen zu hoher Miethe. Trotzdem den Arbeitern durch die Behörden und das heutige Gerichtsverfahren so wie so der § 152 der Gewerbeordnung beinahe illusorisch gemacht wird, will man den Arbeitern auch noch das Recht nehmen, überhaupt einer Versammlung beizuwohnen. Es wird Zeit, daß die Arbeiter Varels bald aus ihrem Schlafe aufgerüttelt werden und zu der Erkenntniß kommen, daß sie eine Besserung ihrer Lage nicht von dem nur Phrasen dreschenden Freisinn zu erwarten haben, sondern sich bei der nächsten Reichstagswahl einmüthig für die Sozialdemokratie erklären, von welcher sie eine wirkliche Besserung ihrer traurigen Lage erwarten können. R.

Oldenburg, 10. Jan. In der gestrigen Sitzung des Landgerichts wurde der Kaufmann und Waaren-Agent Otten aus Jever wegen Wechselfälschungen zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Vereins-Kalender.

Bant-Wilhelmshaven.

„Bürgerverein Bant". Sonntag, den 12. Januar, Nachm. 3 Uhr: Versammlung bei Wwe. Brumund, „Zum Rathhaus."

„Bauhütte", Fachverein der Maurer. Dienstag, den 14. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Heilemann, „Zur Arche", Bant.

Oldenburg:

„Verein deutscher Schuhmacher". Montag, den 13. Jan., Abends 8½ Uhr: Versammlung bei Lendermann, Kurwickstr. 28.

„Fachverein der Glasarbeiter". Mittwoch, den 15. Januar, Abends 6½ Uhr: Versammlung bei Hadeler, Osternburg.

Fahrplan

gültig vom 15. Oktober 1889 ab.

Wilhelmshaven-Bremen.

		Mrg.	Mrg.	Vorm.	Nchm.	Nchm.	Abd.
Wilhelmshaven	Abf.	—	6.18	9.35	12.29	3.26	6.56
Bant	„	—	—	—	12.34	3.30	—
Marienfiel	„	—	—	9.42	12.39	3.36	7.03
Sande	Ank.	—	6.27	9.48	12.45	3.42	7.09
	Abf.	—	6.30	9.50	12.49	3.45	7.14
Ellenserdamm	„	—	6.39	9.59	12.58	3.55	7.23
Dangastermoor	„	—	6.48	—	—	—	7.32
Varel	„	—	6.57	10.15	1.13	4.13	7.42
Jaderberg	„	—	7.08	10.25	1.24	4.24	7.53
Hahn	„	—	7.18	10.35	1.34	4.34	8.03
Rastede	„	—	7.27	10.45	1.43	4.44	8.13
Bürgerfeld	„	—	7.40	—	—	4.58	—
Oldenburg	Ank.	—	7.45	11.00	1.58	5.03	8.28
Nach Osnabrück	Abf.	—	7.55	11.06	2.17	6.55	8.33*)
In Osnabrück	Ank.	—	11.34	2.18	5.54	10.30	7.38
Nach Leer	Abf.	—	7.55	—	2.30	6.32	9.40
In Leer	Ank.	—	9.30	—	3.55	7.43	10.38
„ Emden	„	—	11.17	—	5.29	8.27	11.35
„ Papenb.	„	—	10.14	—	5.48	—	11.23
Nach Bremen	Abf.	6.16	8.02	11.05	2.10	5.13	8.40
Wüsting	„	6.29	8.14	11.17	2.22	5.27	8.52
Hude	Ank.	6.41	8.25	11.28	2.33	5.40	9.03
Nach Nordenh.	Abf.	—	8.32	11.40	2.43	5.55	9.15
In Elsfleth	Ank.	—	9.00	12.12	3.12	6.27	9.44
„ Brake	„	—	9.24	12.43	3.40	6.55	10.10
„ Nordenham	„	—	10.02	1.28	4.18	7.40	10.48
Nach Bremen	Abf.	6.45	8.30	11.29	2.38	5.44	9.08
Grüppenbühren	„	6.55	8.39	—	2.47	5.54	9.17
Schierbrock	„	7.02	—	—	—	6.00	—
Delmenhorst	„	7.13	8.53	11.49	3.00	6.14	9.30
Heidkrug	„	7.20	—	—	—	6.21	—
Huchtingen	„	7.27	9.04	—	3.12	6.29	9.42
Bremen-Neustadt	„	7.37	9.15	12.07	3.23	6.39	9.53
Bremen (Zent.-Bhf.)	Ank.	7.43	9.21	12.13	3.29	6.45	9.59
Nach Hannover†)	Abf.	8.02	9.54	12.56	4.00	7.26	11.16
In Hannover	Ank.	11.06	1.03	3.16	7.28	10.55	1.52
„ Berlin	„	—	—	8.26	—	—	—
„ Braunschweig	„	12.24	—	4.46	—	—	—
„ Magdeburg	„	2.37	—	6.27	—	—	—
„ Leipzig	„	5.43	—	9.49	—	—	—
„ Dresden	„	8.24	—	12.26	—	—	—
Nach Berlin	Abf.	—	9.43	10.19 —	3.44	—	5.00
In Uelzen	Ank.	—	11.48	1.21 —	6.58	—	7.28
„ Stendal	„	—	1.53	4.39 —	9.56	—	10.44
„ Magdeburg	„	—	3.05	6.20 —	11.40	—	12.08
„ Berlin	„	—	4.25	7.48 —	1.02	—	1.35
Nach Bremerh.	Abf.	6.42	10.20	1.00	5.20	7.50	11.06
In Bremerhafen	Ank.	8.25	12.00	2.34	7.04	8.59	12.36
Nach Hamburg**)	Abf.	7.00	9.56	1.30	—	7.40	7.52
In Hamburg	Ank.	9.55	12.50	4.35	—	9.45	10.41
„ Kiel	„	2.00	5.08	9.45	—	12.47	—

*) Bleibt in Quakenbrück. †) Personenz. Mrg. 5.25 Abf. von Bremen, 8.48 in Hannover. **) Schnellzug m. 1. u. 2. Klasse Mrg. 6.01 Abf. und 8.10 Ankunft in Hamburg.

Bremen-Wilhelmshaven.

Von Hannover	Ank.	5.51	8.25	11.41	3.49	7.30	10.00*
„ Berlin	„	—	9.16	—	4.36	6.23	10.46
„ Bremerhafen	„	7.26	9.33	12.09	3.21	6.12	10.37
„ Hamburg	„	6.36	9.24	12.13	3.31	7.12	11.37†

		Mrg.	Mrg.	Vorm.	Nchm.	Abd.	Abd.
Bremen (Zent.-Bhf.)	Abf.	6.17	10.30	12.52	4.56	7.45	11.40
Bremen-Neustadt	„	6.25	10.40	1.00	5.05	7.55	11.47
Huchtingen	„	6.32	10.47	1.08	5.12	8.02	11.58
Heidkrug	„	—	—	—	—	—	—
Delmenhorst	„	6.44	11.00	1.20	5.24	8.14	12.16
Schierbrock	„	—	11.08	1.28	—	—	—
Grüppenbühren	„	6.56	11.15	1.35	5.35	8.25	12.37
Hude	Ank.	7.04	11.23	1.43	5.44	8.34	12.50
Von Nordenham	Ank.	6.35	11.25	1.40	5.35	8.30	—
Nach Oldenburg	Abf.	7.08	11.28	1.48	5.45	8.39	12.53
Wüsting	„	7.20	11.40	2.00	—	8.51	1.13
Oldenburg	Ank.	7.30	11.51	2.10	6.04	9.01	1.30
Von Osnabrück	Ank.	7.33	9.46	1.55	5.03	8.33	—
„ Leer	„	7.27	10.57	1.52	—	8.24	—
Nach Wilhelmsh.	Abf.	7.45	11.56	2.25	6.09	9.15	Nur an Sonntagen.
Bürgerfeld	„	—	12.02	2.30	—	—	
Rastede	„	8.00	12.15	2.45	6.25	9.30	
Hahn	„	8.10	12.25	2.55	6.34	9.40	
Jaderberg	„	8.19	12.34	3.05	6.43	9.49	
Varel	„	8.32	12.48	3.20	6.55	10.05	
Dangastermoor	„	8.37	—	3.25	—	—	
Ellenserdamm	„	8.45	12.59	3.35	7.05	10.15	
Sande	Ank.	8.54	1.07	3.45	7.14	10.24	
	Abf.	8.58	1.09	3.49	7.16	10.28	—
Marienfiel	„	9.04	1.15	—	7.22	10.34	—
Bant	„	9.10	1.22	—	7.29	—	—
Wilhelmshaven	Ank.	9.15	1.26	4.01	7.33	10.42	—

*) 1.28. †) 12.53.

Empfehle **fertige**

Herren- & Knaben-Garderoben

— sowie —

Arbeiter-Bekleidungsstücke

aller Art. Auch mache ich auf mein großes

Schuh- & Stiefel-Lager

ganz besonders aufmerksam.

Preise, wie bekannt, außergewöhnlich billig.

G. Priet, Bant,

Oldenburgerstr. 1.

Nickel-Ketten

mit Berloques

in großer Auswahl und neuesten Mustern empfiehlt

August Frisse.

Werkzeuge jeder Art

in bester Qualität u. größter Auswahl halte billigst empfohlen.

B. Grashorn,

Wilhelmshaven, Bismarckstraße. **Bant**, Werftstraße.

Gegründet 1872.

Photographische Anstalt

von

Roonstrasse 77. C. J. Frankforth, Roonstrasse 77.

Täglich für Aufnahmen geöffnet.

Hält sich bei grosser Preis-Ermässigung bestens empfohlen.

Prämiirt 1. Preis Wilhelmshaven.

Fertige

Särge

sowie

Leichen-Bekleidungs-Gegenstände

und **Grabkränze** empfiehlt bei vorkommenden Trauerfällen

G. Priet, Bant,

Oldenburgerstr. 1.

Neu! Neu!

Weckuhren

mit Nachts leuchtenden Zifferblättern,

REGULATORE

mit Schlagwerk und Weckern von

10 Mk. an empfiehlt

August Frisse.

Landesbibliothek Oldenburg

Gasthof Sedan.

Heute Sonntag:

Grosser öffentl. BALL

dazu ladet ergebenst ein

F. Krause.

An- und Rückkauf

von

neuen und getragenen Kleidungsstücken, Möbeln, Betten, Velocipeden u. Nähmaschinen, Teppichen, Uhren, Gold- und Silbersachen, Schuh- und Stiefelwaaren

u. s. w.

F. Krüger, Belfort,

Ankerstraße.

Empfehle im

Ausverkauf:

Hemdentuch und Dowlas,

sehr billig.

H. C. Tyarks, Bant,

Nordstraße 13,

Manufakturwaaren-Handlung.

Soeben erschien und ist durch alle Kolporteure und die bekannten Expeditionen zu beziehen:

Berliner Arbeiterbibliothek,

herausgegeben von Max Schippel.

8. Heft.

Die wirthschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit, und die Entwicklung der Sozialdemokratie.

Ein Vortrag von Max Schippel.

32 Seiten. Preis 15 Pf.

9. Heft:

Die Marx'sche Werththeorie.

Zur Einführung in das Studium v. Marx.

Von Paul Fischer-London.

52 Seiten. Preis 20 Pf.

Von 10 Exemplar. an hohe Preisermäßigung.

Zahlreichen Bestellungen entgegensehend

Expedition der „Berliner Volks-Tribüne",

Berlin SO., Oranienstr. 23.

Die Bier-Niederlage

von

G. Endelmann

Königstraße Nr. 47,

empfiehlt

Fass- und Flaschenbier

aus der Brauerei von Th. Fetköter in Jever, 33 Flaschen 3 Mark.

Dortmunder Aktienbier, 20 Fl. 3 Mk.

Bayrisch Bier aus der Brauerei von Franz Erich, Erlangen, 20 Fl. 3 Mk.

Selterswasser eigener Fabrik.

Harzer Königsbrunnen.

Wiederverkäufern Rabatt.

Empfehle:

Faß- und Flaschen-Bier

aus der

Dampfbrauerei von Th. Fetköter

in Jever,

in Gebinden von 15 bis 100 Litern.

Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk., **Bayrisches Gebräu** 27 Fl. 3 Mk., **Feines böhmisches Gebräu** 30 Fl. 3 Mark.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

J. Fangmann, Bismarckstr. 59, 1 Treppe.

Zu vermiethen

ein möblirtes **Zimmer** an zwei junge Leute, auf Wunsch mit Kost.

Nordstraße 12, part.

Deutscher Tischler-Verband.

(Zahlstelle Oldenburg.)

Sonntag, 12. Januar 1890, Abends 7 Uhr:

TANZKRÄNZCHEN

in Oppermann's Hotel.

Hierzu ladet freundlichst ein — Das Comité.

Gesang-Verein „Vorwärts".

Montag, 20. Januar, im Saale des Hrn. **Heilemann, „Zur Arche":**

Erstes Stiftungs-Fest

bestehend in

Concert, Theater, Gesang- und komischen Vorträgen und **BALL.**

Entree 25 Pf. — **Anfang Abends 8 Uhr.**

Eintrittskarten à 25 Pf. sind zu haben bei Hrn. Heilemann und bei sämmtl. Mitgliedern. **Der Vorstand.**

NB. Um Irrthümer zu vermeiden, sei bemerkt, daß die ausgegebenen Programmkarten nur zum freien Eintritt berechtigen; von den am Ball theilnehmenden Herren werden 50 Pf. für den Ball extra erhoben.

Empfehle:

Prima Stückkohlen,	pr. Last	40	Mk.,	pr. Centner	1,10	Mk.
„ **Nußkohlen,**	„	44	„	„	1,20	„
„ **Nußcoaks,**	„	44	„	„	1,20	„
„ **Preßtorf.**	„	40	„	„	1,10	„
„ **Antracitbriquets**	„	44	„	„	1,20	„

Bant, im Januar 1890.

J. F. Gloystein.

Die Buchdruckerei von Paul Hug

Bant-Wilhelmshaven, Adolfstraße Nr. 1

empfiehlt sich zur Anfertigung von Druckarbeiten jeder Art

als:

Rechnungen,	Adreßkarten,	Preis-Courants,
Quittungen,	Visitenkarten,	Statuten,
Formulare,	Einladungskarten,	Programme,
Tabellen,	Mitgliedskarten,	Festzeitungen,
Cirkulare,	Couverts,	Plakate
Etiquettes,	Briefbogen,	u. s. w.

Gute und geschmackvolle Ausführung bei angemessenen Preisen.

Central-Halle in Belfort.

Heute Sonntag:

Grosser öffentlicher Ball.

Carl Zwingmann.

Kopperhörn. Volksgarten. Kopperhörn.

Heute Sonntag, den 12. Januar cr.:

Grosser öffentlicher Ball

wozu freundlichst einladet

H. T. Kuper.

Haushaltungs-Gegenstände

jeder Art

empfiehlt in größter Auswahl billigst

B. Grashorn,

Wilhelmshaven, Bismarckstraße. — **Bant,** Werftstraße.

Eine Oberwohnung

zum 1. Februar zu 150 Mk. pro Jahr zu vermiethen. **Fr. Laue.**

Zu vermiethen

eine **Unterwohnung.**

C. Schulz, Brunnenstraße.

Empfehle einem geehrten Publikum vorkommenden Falls meinen

Möbelwagen

und garantire bei Umzügen für den vorsichtigsten Transport der Hausgeräthe, Möbel und dergl. — Desgleichen bringe ich den geehrten Geschäftsleuten mein

Rollfuhrwerk

in empfehlende Erinnerung.

Bant, den 9. Januar 1890.

E. Warns,

Fuhrgeschäft.

Das Pfand- und Leih-Geschäft

von

J. H. Paulsen,

Bant, verl. Roonstraße,

empfiehlt sich zur Annahme von **Möbeln, Betten, Uhren, Gold- und Silber-Sachen, Herren- und Damen-Garderoben,**

— sowie —

sonstigen Gegenständen aller Art.

W. Fürst,

Herren-Kleidermacher,

Bant, Adolphstraße,

empfiehlt sich zu allen in sein Fach schlagenden Arbeiten unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung.

Gleichzeitig bemerke ich, daß **Anzüge chemisch gereinigt** werden.

Schinken,

bei Abnahme von ganzen Schinken, pr. Pfd. 80 Pf., empfiehlt

E. Langer,

Neuestraße 10.

Das Möbel-Lager

von

G. Priet, Bant,

empfiehlt sich bestens bei guter Arbeit und billigster Preisstellung.

Fertige Betten, Bettfedern und Daunen

stets vorräthig. Abschlagszahlung gestattet.

G. Priet, Oldenburgerstr. 1, **Bant.**

Zu vermiethen

ein **möblirtes Zimmer** an 1 oder 2 Herren. Bismarckstr. 22, unt. l.

Bürgerverein Bant.

Sonntag, den 12. Januar d. J., Nachmittags **3** Uhr:

Monats-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Halbjährliche Abrechnung. (Wahl der Revisoren.)
4. Vorstandswahl.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Todes-Nachricht.

Heute früh um 4½ Uhr verschied unser braver, treuer Parteigenosse

G. Lindemann

in Folge eines Blutsturzes. Schon seit Monaten an einem unheilbaren Lungenleiden erkrankt, hatte er viel zu leiden und hat nun nicht ganz unerwartet der Tod ihn abgerufen. Ehre seinem Andenken.

Der Tag und die Stunde der Beerdigung wird in der nächsten Nummer mitgetheilt werden.

Jever, 11. Januar 1890.

Die Parteigenossen von Jever.

Verantwortlich für die Redaktion: Herm. Watermann; Druck und Verlag: Paul Hug, Bant. **Hierzu eine Beilage.**

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage zu Nr. 6 des „Norddeutschen Volksblattes".

Sonntag, den 12. Januar 1890.

John Burns, der Führer der Londoner Dockarbeiter.

Von diesem so bekannten Arbeiterführer geben wir unsern Lesern eine kurze Uebersicht seiner letzten Lebensjahre.

Die Lehren seiner radikalen Mutter und das Studium der Werke von Ruskin und Th. Carlyle machten ihn zum Agitator, vornehmlich seine Unterhaltungen mit dem früheren Kommunarden Victor Delahage. Dazu trat noch ein anderer mächtiger Umstand. Als Burns noch am Kongo in Afrika lebte, fanden seine Genossen eines Tages in der Erde eine alte Ausgabe von Ad. Smith's „Reichthum der Nationen", wahrscheinlich einstmals von einem frommen Missionar als unnütz weggeworfen. Sie war im feuchten Boden vergilbt und mit einer Schlammgruft überzogen. Burns begann, dies berühmte Werk mit Aufmerksamkeit zu lesen, da an diesem Orte Bücher überhaupt sehr selten waren, und der Inhalt lehrte ihn Vieles, woran er bis dahin noch nicht gedacht hatte.

Bald kam er an die merkwürdige Stelle, wo A. Smith erklärt, daß der ganze Ertrag der Arbeit dem Produzenten gehöre. Jedenfalls müssen viele Leser A. Smith's einräumen, daß sie diesen großen National-Oekonomen nicht gründlich studirt, und auch nicht hinreichend verstanden haben.

Ehe J. Burns England verließ, war er einst mit den Behörden seiner Heimath carambolirt wegen einer sehr entschiedenen Rede in Clapham Common. Er wurde allerdings verhaftet, aber auch freigesprochen. Damals machte er auch die Bekanntschaft mit seiner jetzigen Frau.

Nach ein paar Jahren recht harter Arbeit an der Westküste Afrika's und nach darauffolgenden sechsmonatlichen Feiertagen ließ er sich in London als Arbeiter in Battersea nieder.

Im Jahre 1885 erregte er durch seine wohl durchdachten gehaltvollen Vorträge in der Industriellen-Vergütungs-Konferenz allgemeine Aufmerksamkeit. Seine Rede ist in den Protokollen und dem Bericht, der damals bei Cassell u. Co. gedruckt wurde, enthalten. Er schloß sich damals der demokratischen Federation an, welche aus den Herren Hyndman, Wiuns, Sabine und noch mehreren Anderen bestand und endlich, nach einer stürmischen Kindheit, durch den Beitritt wirklich bedeutender Männer, wie Wilh. Morris, Bax Joynes, in energische Bewegung gerieth.

Viele Monate agitirte und organisirte Burns durch unermüdliche Vorträge für diesen Klub, und im Winter 1884 redete er fortgesetzt für die unbeschäftigten Arbeiter Londons, welche drei schwere Winter so zahlreich in der Hauptstadt versammelt hatten. Auch in seinem Fachverein nahm er eine hervorragende Stellung ein. Er war der jüngste der Delegirten, welche man erwählt hatte, um die Revision der Statuten der vereinigten Gesellschaft der Ingenière von Nottingham vorzunehmen.

Als die allgemeinen Parlaments-Wahlen 1885 herannahten, da veranlaßten ihn einige Arbeiter, als Kandidat für die Westliche Abtheilung Londons aufzutreten, und mit seiner bekannten Kühnheit begann er die in England so kostspielige Wahlkampagne mit nur ein Paar Pfund Sterling in seiner Tasche. Die Arbeiter Londons jedoch, welche ihn ja gut kannten, sammelten einen Wahlfond, welcher sich bald vermehrte durch mannigfache Beiträge von Männern, welche seine Schneid und Redlichkeit wohl kannten.

Seine Gegner waren damals ein Konservativer und ein Liberaler Kapitalist, Oberst Seely, jetzt liberaler Unionist. Aber Seely wurde damals von sehr vielen lokalen Fachvereinen unterstützt, er brachte auch Herrn Broadhurst hinein, unterstützte seine Wahl und verleumdete J. Burns, welcher ganz allein auf eigene Faust kämpfte und aus der Wahlurne mit 598 Stimmen herauskam. Noch muß bemerkt werden, daß bei der Wahl des Jahres 1886 Broadhurst gegen seinen früheren Protektor Oberst Seely anging und ihn auch besiegte.

Im Winter 1885 versuchte die Londoner Polizei die öffentlichen Versammlungen aufzulösen, welche in Dod Straße, Burdett Road, Lunehuse abgehalten wurden; in vielen Fällen fand man die geäußerten Meinungen höchst gefährlich für die Regierung, obwohl man andere Versammlungen ruhig gewähren ließ. J. Burns mit einigen Genossen vertheidigten unerschrocken das freie Versammlungsrecht, selbst bei Gefahr der Verhaftung, welche John Williams auch erlitt. Schließlich behielt die Volkssache doch siegreich die Oberhand.

Aus dieser glorreichen Zeit stammt J. Burns Popularität und Ruhm; wenige Männer wurden in so kurzer Zeit überall genannt, wie er. Am 8. Februar 1886 ereignete sich der große Krawall, welcher durch die Cigarren rauchenden und die Menge mit verächtlichen Zurufen verhöhnenden Mitglieder des Pall Mall Klubs veranlaßt wurde. Es war bei der Gelegenheit, als die elenden, halbverhungerten, unbeschäftigten Arbeiter eine Prozession gebildet hatten und mit J. Burns an der Spitze, der an seinem Stock ein rothes Schnupftuch als Fahne trug, vom Trafalgar Square nach Hyde Park marschirten. In Bowstraße wurde Burns mit 3 Genossen verhaftet. (Joseph Cowen gab Kaution für ihn.) Fünf Tage dauerte sein Prozeß vor dem Old Bailh Gerichtshof, der ihn schließlich frei geben mußte.

Seine Rede, welche er im Dock gehalten, wurde unter dem Titel „Der Mann mit der rothen Flagge" gedruckt und überall verbreitet. Viele Monate verweigerte man ihm Arbeit und er erduldete mit seiner braven Frau lange Entbehrungen, von welchen nicht einmal seine nächsten Freunde etwas erfuhren, weil er stolz seine Noth vor ihnen verborgen hielt.

Als der nächste harte Winter kam, und die Zahl der hungernden Unbeschäftigten bedeutend anschwoll, da hielt Burns unerschrocken abermals Versammlungen auf dem Trafalgar Square ab, und zwar am 9. und 29. Novbr. 1886. Es war aber nicht die Schuld J. Burns, daß diese gute Gelegenheit zur Vereinigung der Arbeiter verloren ging.

Im Novbr. 1887 kam der „blutige Sonntag", wo J. Burns und Herr Cuninghame Graham so großen persönlichen Muth bewiesen, und die Rechte des Volkes, öffentliche Versammlungen auf dem Trafalgar Square abzuhalten, trotz den feindlichen Maßregeln der Polizei, unerschrocken aufrecht erhielten.

Beide Volksführer mußten 6 Monate Gefängniß erdulden. Herr C. Graham wurde dadurch populärer als jemals ein Parlamentsmitglied gewesen ist, und J. Burns erwählte man zum Grafschafts-Conncillor für London in der Battersea-Abtheilung (Stadtrath).

Der Raum gestattet nicht, diese letzten 4 Jahre der Arbeiter-Bewegung und den Antheil, welchen J. Burns dabei gehabt, ausführlicher zu beschreiben. Es ist nicht leicht, eine Vorstellung von der fortdauernden harten Arbeit seiner Agitation zu bekommen während der letzten Zeit. Leichter ist es wohl, gegen ein Bataillon Konstabler anzustürmen, als diese aufreibende Arbeit der regelmäßigen Komiteesitzungen, und der viele Aerger, welcher ihm durch nörgelnde Querköpfe bereitet wurde.

Der großen Rednergabe Burns ist es wohl nicht nöthig Erwähnung zu thun; aber Viele haben kaum bemerkt, welche große Dienste er im Stadtrathe während 9 Monaten der Einwohnerschaft geleistet hat. Zahllose Ungerechtfertigkeiten hatte er verhindert durch sein furchtloses Auftreten und seine genaue Kenntniß aller Nebenumstände. Bald wird er auf der höchsten Bühne des Landes als machtvoller Vertheidiger der Rechte der Arbeiter im englischen Parlamente seine Donnerstimme erschallen lassen.

Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, wie es hauptsächlich Burns Auftreten in der Massenversammlung zu Gunsten der weiblichen Arbeiter zuzuschreiben ist, daß sich die Fachvereine zur Aufnahme derselben in ihre Reihen entschlossen haben.

In der Assembly Hall zu Mile-end-Road unter Vorsitz des Bischofs von Bedford, unterstützt durch die Ehren-Sekretäre Lady Sandhurst, Lady Pomerset, Clementine Black und Andere, sowie der Herren Frice Hug, Fabrikinspektor Lokeman, John Burns, Ben. Tilett, Champion (Redakteur des „Labour Elector", Organ der Marxisten) u. A. wurde die elende Lage der unglücklichen Arbeiterinnen besprochen, welche von den Kleider-, Schuh- und Weißwaaren-Geschäftsführern auf wahrhaft empörend unverschämte Weise ausgebeutet werden. Sie erhalten durchschnittlich einen Denar pro Stunde Arbeit. Am Schlusse wurde die Resolution J. Burns mit wahrem Enthusiasmus angenommen: „Die anwesenden Arbeiterinnen verpflichten sich, einander in dem löblichen Beginnen zu unterstützen, kürzere Arbeitszeit und bessere Zahlungsbedingungen anzustreben, zugleich sofortige Unterzeichnung und Beitritt in die betreffenden Fachvereine." Burns sagte, die augenblicklich herrschende Begeisterung muß energisch benutzt werden. Dies wäre der fünfzehnte Fachverein, welchen er in den letzten 9 Monaten gegründet hätte und er glaube bestimmt, daß auch dieser vom besten Erfolge gekrönt werden würde. Mit Hülfe der so mächtigen Londoner Fachvereine (trades unions) würde es ihnen nicht schwer fallen, ihre sie ausbeutenden Prinzipale zu besseren Bedingungen zu zwingen; denn ihre vielfachen Beschwerden wären gerecht und himmelschreiend. Ein Komitee wurde alsdann gewählt, um alle Beschlüsse der Versammlung auszuführen.

H.

Australien.

Die kolossale Summe — im Ganzen Mk. 600 000 — welche die Arbeiter Australiens den streikenden Dockarbeitern in London haben zukommen lassen, hat die Aufmerksamkeit der ganzen zivilisirten Welt erregt. Sie ist auch die Veranlassung zu einem Artikel gewesen, der jüngst in der Münchener „Allgem. Ztg." erschienen ist. In demselben wird behauptet, „daß die australischen Kolonien — vielleicht mit der einzigen Ausnahme von Westaustralien — die vollkommenste sozialdemokratischen Staatengebilde der Erde repräsentiren". Diese Behauptung wird in folgender Weise begründet:

„Das Interesse der Arbeiter ist das ausschließliche Prinzip aller Politik. Sie haben die Majorität in den Parlamenten, und die Minister fühlen sich ex officio als ihre Repräsentanten, die nach dem öffentlichen Ausspruch eines der Premierminister im Parlament „ihre Faust an die Kehle der Kapitalisten haben". Die Abgeordneten werden sehr gut bezahlt und in einzelnen Häusern repräsentirt dieses Gehalt für drei bis vier Zehntel der Mitglieder fast das ausschließliche Einkommen der letzteren. Die eigentliche Regierung sind die Trades Unions and Labour Counneils. Von da aus werden vor den Wahlen die Parlamentsmitglieder des Landes aufgestellt, in deren Versammlungen werden die Grundzüge der Politik niedergelegt, mit deren mehr detaillirten Ausführung dann die Häuser betraut sind. Ob Schutzzollsystem oder nicht, ist ausschließlich eine Interessenfrage für die Arbeiter. Wo diese nicht glauben, daß Zölle in ihrem Interesse liegen, wie in Neusüdwales, da ist Freihandel. Wo unter den Arbeitern die andere Meinung vertreten wird, da ist Schutzzoll, so namentlich in Victoria, Queensland und Südaustraulien. In Victoria z. B. sind 10 Leute, die Pianos fabriziren. Das war eine genügende Zahl, um für den Schutz der Arbeit den Piankäufern in der Kolonie einen Zoll von Mk. 300 000 aufzulegen. Bei einer großen Eisenbahnsubmission wurde der Auftrag dem inländischen Bewerber gegeben, trotzdem daß von England wie Deutschland Offerten vorlagen, die um Mk. 1 600 000 billiger waren. Die Chinesen Einwanderung hat den Arbeitern nicht behagt, deshalb hat man sie verboten und führt dieses Verbot aus, selbst gegen den Willen Englands, und obgleich dieses Gesetz vom Guvernör nicht gezeichnet wurde. Eine raschere Zunahme der Bevölkerung durch eine gute Einwanderungspolitik würde unzweifelhaft im Interesse der Entwickelung des Landes gelegen sein, allein die Arbeiter wollen keine Konkurrenzverschärfung auf dem Arbeitsmarkt, und deshalb wurde jede Thätigkeit in dieser Richtung eingestellt. Der Etat für landwirthschaftliches Erziehungswesen wird womöglich ohne jede Debatte angenommen, aber wenn 20 Arbeiter von der Forstabtheilung entlassen werden, dann giebt es eine halbtägige Redeschlacht im Hause und womöglich wird das Ministerium darüber gestürzt. Ueberhaupt hat sich hier zu Lande das vollkommenste Deputationssystem gebildet. Wegen jeder Kleinigkeit wird eine Deputation abgeordnet, die dann unter Führung des betreffenden Abgeordneten den Minister aufsucht, welche letztere beim nächsten Mißtrauensvotum die Stimme dieses M. P. gegen sich hat, falls er nicht sein Möglichstes thut, um den Wünschen der Leute zu entsprechen. Die prinzipiell wichtigste Thatsache indeß ist die Beschäftigung der Unbeschäftigten auf Staatskosten. Wenn nämlich irgendwo einige Hundert Arbeiter keine Arbeit finden, dann werden in der Hauptstadt und dem Sitz der Regierung große Umzüge veranstaltet, einige Reden gehalten und eine große Deputation zum Ministerpräsidenten abgeordnet, der sofort Abhülfe verspricht und aus Staatsmitteln Beschäftigung giebt. In Australien hat man für diesen Zweck selbst große Staatsanleihen aufgenommen. Aber diese Ausgaben, wie auch der Aufwand aus den ordentlichen öffentlichen Einnahmen werden im Budget vielfach verschleiert, so daß eine genauere Berechnung vollkommen unmöglich ist. So viel darf man indeß als sehr geringe Schätzung annehmen, daß die australischen Kolonien — wieder mit Ausnahme Westaustraliens — bei einer Gesammtbevölkerung von etwas mehr als $3^1/_2$ Mill. jährlich etwa $1^1/_2$ bis 2 Millionen Mark für die Beschäftigung der Arbeitslosen verausgaben. Und dabei darf man keineswegs glauben, daß die Regierung etwa einen geringeren Lohn zahlen könnte! Als einmal ein Minister den Versuch machte, nur Mk. 5,50 für eine achtstündige Tagesarbeit zu zahlen, streikten die Herren Arbeiter und zogen demonstrativ in der Stadt umher — mit goldenen Uhren, goldenen Ketten und ihr Pfeifchen rauchend. Das Ministerium hatte natürlich nachzugeben und die üblichen Mk. 8 Tageslohn zu zahlen".

Das Alles ist natürlich stark übertrieben und gefärbt, allein wenn es so wäre in Australien, wie hier geschildert, wir würden es für vollberechtigt, weil der Bedeutung und dem Werthe der Arbeit entsprechend halten. Daß die Arbeiter dort eine größere Macht bilden als in der alten Welt, ist Thatsache, und das eben ärgert den Skribler, der obige Feder geführt. Hier haben die Herren, die „nach Bildung (au!) und Besitz maßgebend" sein wollen, die Klinke der Gesetzgebung in der Hand, und sie versuchen Alles, daß sie ihr nicht entgleite. Das möchte der Herr für Australien ebenso haben, und eben darum seine scheelen Blicke und die unverhohlen abgünstige Färbung seiner Darstellung.

Politische Rundschau.

Bant, den 11. Januar.

Berlin, 10. Januar. Die Etatskommission nahm in ihrer heutigen Sitzung den Antrag an, den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Bezüge der unteren Post- und Telegraphenbeamten einer Erhöhung zu unterziehen seien.

— Der amtliche Bericht über die Bergarbeiterverhältnisse wird den offiziösen „Berliner Polit. Nachr." zufolge demnächst im „Reichsanzeiger" veröffentlicht werden.

— Eine Bergarbeiterversammlung, welche von Delegirten der einzelnen niederschlesischen Belegschaften zahlreich besucht war, hat am Montag in Altwasser stattgefunden. Es wurde beschlossen 1) Einführung achtstündiger Schicht excl. Ein- und Ausfahrt vom 1. April dieses Jahres ab, 2) Einführung eines Wochenabschlags von 12 Mk., 3) Erhöhung der Löhne um 10 pZt. zu verlangen. Die Versammlung in Altwasser wurde mit den Worten geschlossen: „Wir wollen Frieden mit unsern Arbeitgebern, aber keinen Kirchhofsfrieden."

— Der Staatssozialismus und der Liberalismus im Wettkampfe um das Arbeiterwohl. Unter diesem Titel schreibt die „Voss. Ztg.": „Seit einem Jahrzehnt hat die kathedersozialistische Richtung in der Volkswirthschaft die Macht über die deutsche Gesetzgebung gehabt. Sie hat Alles durchsetzen können, was an Handlungen des Staates zur Lösung der Arbeiterfrage auf ihrem Programm stand. Als ihre wichtigste

Landesbibliothek Oldenburg

Aufgabe sah sie die Ueberwältigung der wirthschaftlichen Freiheit an, und damit hat sie in der Regierung und im Reichstag einen vollständigen Sieg errungen. Selbst die nationalliberale Partei ist aus einer liberalen zu einer staatssozialistischen geworden. Mit dem Zolltarif hat der Staat seinen Einfluß auf die wirthschaftliche Produktion geltend gemacht, mit der angeblich arbeiterfreundlichen Sozialpolitik hat er die soziale Frage so weit lösen wollen, daß die Arbeiter die sozialdemokratische Agitation verlassen sollten. Nachdem er hierin ausgeführt hat, was er sich vorgenommen, und nur noch Aufgaben zweiten Ranges der Erledigung harren, ist es an der Zeit, sich nach den Erfolgen in dem Theile unseres Volkes umzusehen, auf welchen seine Sozialpolitik berechnet war. Der ausgesprochene Zweck der „arbeiterfreundlichen Sozialpolitik" war, das drohende Gespenst der Sozialdemokratie zu bannen. Man wollte eine solche wohlthätige patriarchalische Politik zur Geltung bringen, daß der Arbeiter alle umstürzlerischen Gedanken der Sozialdemokratie von sich weisen sollte. Der Reichskanzler erklärte sich noch in der letzten Frühjahrssession des Reichstages dahin, man könne nicht erwarten, die sozialdemokratorischen Agitatoren zu bekehren, aber man hoffe, die Masse der Verführten zu überzeugen, daß ihr wahres Wohl in der vom Staate befolgten Politik liege. Bewährt sich diese Hoffnung? Stellt man die Frage auf, so ist sie auch schon verneinend beantwortet. Freund und Feind sind überzeugt, daß bei der nächsten Reichstagswahl viel mehr sozialdemokratische Stimmen abgegeben werden, als je zuvor, und daß die Zahl ihrer Abgeordneten den höchsten bisher bekannten Punkt überschreiten wird. An vielen einzelnen Erfolgen, unter Anderem auch bei denen der letzten Stadtverordnetenwahl in Berlin, kann man ihr Anschwellen wahrnehmen. Die Prüfung fällt unzweideutig zu Ungunsten des gemachten Versuchs aus. Selbst die gewiegteste offiziöse und kartellfreundliche Auslegungskunst dürfte an den amtlichen Ziffern der Wähler und der Gewählten zu Schanden werden. Die Urheber der sozialpolitischen Gesetzgebung haben sogar selbst den erhofften Rückgang der Sozialdemokratie als den Beweis für die Güte ihrer Thaten anerkannt. Und nun verwandelt sich der Rückgang in einen Fortschritt. So sehen wir die Herren schon zu dem traurigen Nothbehelf greifen, die Zeit als noch zu kurz zu erklären; erst eine fernere Zukunft werde ihnen ihre Rechtfertigung bringen; die Alters- und Invalidenversicherung sei noch nicht einmal in Kraft getreten. Die Zeit ist lang genug. Der Beginn einer rückläufigen Bewegung hätte sich längst zeigen müssen, wenn das Mittel überhaupt Erfolg verspräche. Die Kranken- und Unfallversicherung ist in Kraft getreten und alle Betheiligten kennen sie genau. Gerade in Arbeiterkreisen hat man längst genaue Kenntniß von ihrer Wirksamkeit; wer selbst noch keine Krankheits- oder Unfallentschädigung bezogen hat, der hat es bei Kameraden beobachtet. Auch die Alters- und Invaliditäts-Versicherung ist in Arbeiterkreisen so bekannt geworden, daß man ein ganz deutliches Bild von ihr hat, und zwar eins, das den Wünschen der Kartellparteien gar nicht entspricht. Wollen diese erst abwarten, bis die jetzigen Sozialdemokraten die Altersrente beziehen und dadurch aus Saulussen zu Paulussen werden? Dann beglückwünschen wir sie zu ihrer Geduld, aber wir zweifeln, ob die Ereignisse sich im Rollen so lange werden aufhalten lassen. Mit dem Versicherungszwang hat der gegenwärtig herrschende Staatssozialismus im Wesentlichen seine Medikamente ausverkauft. Von der Zünftlerei ist freilich, nachdem schon allerlei in Kraft getreten ist, noch dies und Jenes auf Lager, wie z. B. der Befähigungsnachweis. Allein damit ködert man seit lange vergeblich die großen Massen der Kleinhandwerker; daß die Arbeiter damit gewonnen werden könnten, ist vollends undenkbar, denn sie stehen der ganzen Zünftlerei schroff gegenüber, weil sie recht wohl erkennen, daß ihr Hauptzweck ist, die Gehilfen und Arbeiter zu Gunsten der Innungsmeister niederzuhalten. Einiges mag man noch in der Wohnungsfrage und gegen den Wucher zu thun beabsichtigen, doch ist es nicht denkbar, daß hier eine Wirksamkeit entfaltet werden könnte, welche die bereits erlittenen Schlappen ausgliche. Niemand entgeht seiner Nemesis. Auch der Staatssozialismus wird es nicht. Er hat die größten Erwartungen vom Segen der Staatshülfe rege gemacht; die Ansprüche sind überall kolossal gewachsen, aber erfüllt hat sich wenig oder nichts. Das wird den Staatssozialismus noch ganz anders in den Nacken schlagen als es beim Manchesterthum möglich wäre. Nicht blos werden die Segnungen der Versicherungsgesetzgebung von den Arbeitern viel geringer angeschlagen, sondern sie vergessen auch nicht, daß der Staatssozialismus durch die Begünstigung der neuen Wirthschafts- und Handelspolitik die Lebenshaltung ungewöhnlich vertheuert hat, so daß sie an indirekten Steuern und Zöllen bedeutend mehr dem Staate abgeben müssen, als was die Versicherungsgesetzgebung ihnen gibt.

Korrespondenzen.

Meldorf, 2. Januar. Obgleich auch hier alles aufgeboten wird, der Arbeiterpartei es unmöglich zu machen, eine Versammlung abzuhalten, so ist es doch gelungen, in dem benachbarten Elpersbüttel ein Lokal zu erhalten. Eine Versammlung konnte nun stattfinden und stellte unser Kandidat Herr Schuhmacher Klüß aus Elmshorn sich in derselben den hiesigen Wählern vor. Seine zweistündige Kandidatenrede wurde mit großem Beifall aufgenommen und verpflichteten durch die Annahme einer Resolution sich die Anwesenden, für Herrn Klüß mit aller Kraft einzutreten.

Mölln i. L., 27. Dezbr. Auch unser Städchen hat ein hübsches Weihnachtsgeschenk bekommen. Eine ziemlich überflüssige Sekundärbahn soll von der zu erbauenden Hagenow-Ratzeburger Bahn in Sterley auf hier abgezweigt werden. Diese Linie soll Ländereien der Dörfer Lehmrade und Brunsmark, der Stadt Mölln und des adligen Gutes Horst durchschneiden. Nun sind Mölln und die Dörfer aufgefordert, ihr nöthiges Gebiet gratis herzugeben und zugleich ein tüchtiges Sümmchen zu zahlen, auf daß mit demselben der Besitzer von Horst, ein Herr von Treuenfels, für seine Abtretungen reichlich entschädigt werden könne! Ein treues Kulturbild aus der Gegenwart! Das ganze Normal-Deutschland im kleinsten Rahmen naturwahr abgespiegelt!

Winsen an der Luhe, 3. Januar. Volksversammlung. Am Sonntag den 15. Dezember fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Die Thätigkeit des Reichstages. Das Referat hatte Herr Redakteur Müller aus Hamburg übernommen. Redner kritisirte scharf und treffend die Thätigkeit der Kartellmajorität auf dem Gebiete der Gesetzgebung und ermahnte zum Schluß recht eifrig für die Wahl des Arbeiter-Kandidaten Herrn Redakteur Fischer aus Wilhelmshaven einzutreten. Nachdem noch verschiedene Anwesende versprachen, für die Wahl desselben einzutreten, wurde folgende Resolution angenommen: „Die deutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Müller aus Hamburg vollständig einverstanden und verpflichtet sich, ihre Stimme am Tage der Wahl dem Arbeiterkandidaten Emil Fischer aus Wilhelmshaven zu geben. K.

Rienstedten, 5. Januar. Der Fachverein der Maurer von Rienstedten und Umgegend hat heute in einer gut besuchten Versammlung beschlossen, von den Unternehmern und Meistern für die nächste Bauperiode eine 9½stündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 60 Pfg zu fordern. Die Forderung soll am 1. April 1890 in Kraft treten.

56)

Irrungen.

Kriminalnovelle von G. Struder.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Jetzt erst fiel es Ferdinand auf, wie sehr doch im Grunde genommen auch in äußeren Vorzügen die Letztere Hedwig gegenüber zurückstand. Konnte auch ihr Gesicht weit eher auf klassische Schönheit Anspruch erheben als dasjenige Hedwigs, so fehlte demselben doch die jungfräuliche, entzückende Anmuth der Letzteren, und hinsichtlich des Wuchses dürfte die üppige Marga mit der graziös gebauten Hedwig sich überhaupt nicht vergleichen. Die Erstere war noch um ein Beträchtliches größer als diese, wie er heute zum ersten Male bemerkte, und wie die beiden Mädchen so dicht neben einander einhergingen, erschien ihm die große und kräftige Marga neben der schlanken Hedwig fast wie ein Riesenweib, das als Feindin eine übermächtige Gegnerin für die andere sein mußte.

Das Erstaunen des Bürgermeisters war nicht gering, als seine Tochter in Begleitung der Baronesse vor ihm erschien. Seine Miene verfinsterte sich ein wenig, denn er mochte wohl denken, daß es mit der zwangslosen Fröhlichkeit jetzt gründlich vorbei sein würde, aber bald wußte Marga auch ihn zu überzeugen, daß sie eine sehr angenehme Gesellschafterin sein konnte, wenn sie wollte. Unbefangen und mit lächelnder Miene ließ sie sich neben Herr Haubrecht an dem Tische nieder und stieß dann freundlich mit den anwesenden Gästen an, worauf sie alsbald in ein lebhaftes Gespräch mit dem ersteren sich verwickelte.

Unter den Tischgenossen befand sich auch Herr Stumpf, an welchen das schöne Mädchen einige besonders liebenswürdige Worte gerichtet hatte, welche er ebenso höflich erwiderte, dabei jedoch einen eigenthümlich forschenden Blick auf dasselbe warf. Auch nachdem er sich wieder ruhig hinter seinem Glase niedergelassen, hielt er die vornehme Besucherin unverwandt im Auge und da bemerkte er zu seiner Verwunderung, wie sie ihre Blicke zuweilen mit heißem, wildem Verlangen auf Ferdinand richtete, um gleich darauf dieselben mit dem Ausdruck des tiefsten Hasses blitzschnell über Hedwig dahingleiten zu lassen.

Unter dem versammelten Publikum begannen die Wirkungen des reichlich genossenen Weines sich bereits bemerkbar zu machen. Das Lärmen und Schreien wurde unangenehm laut, so daß der Bürgermeister es für gerathen hielt, mit seinen Gästen den Festplatz baldigst zu verlassen. Man wollte nur noch das Feuerwerk ansehen und dann nach dem gemüthlichen Gasthofe zur Traube zurückkehren.

Als jetzt ein Mann an den Bürgermeister herantrat und die Meldung machte, daß der Spaß gleich losgehen würde, stand die ganze Tischgesellschaft auf, um das Feuerwerk von einem günstigen Standpunkte aus sich zu betrachten. Marga befand sich gleich darauf an Hedwigs Seite und legte vertraulich den Arm in den ihrigen, während der Bräutigam derselben eben einigen Damen beim Suchen nach ihren Shawlen und Tüchern behülflich war.

Die Nacht war inzwischen vollständig hereingebrochen und kein erleuchtender Strahl drang von dem mit dichten und finsteren Wolken bedeckten Himmel zur Erde hernieder. Die einzige Beleuchtung der im übrigen von tiefem Dunkel umgebenen Wiese wurde durch zahlreiche Laternen und bunte Lampions bewirkt, deren Licht sich auch nur auf sehr kleine Entfernungen erstreckte.

Marga und Hedwig befanden sich etwas abseits von dem Tische, an welchem sie bis dahin gesessen, als jene mit einem Male zu der letzteren sagte:

„Wären Sie nicht geneigt, liebe Hedwig, mit mir allein ein wenig auf- und abzuwandeln? Wir können dabei das Feuerwerk mit voller Bequemlichkeit uns ansehen und gleichzeitig habe ich Gelegenheit, Ihnen etwas anzuvertrauen, was bereits seit einigen Tagen auf den Herzen mir liegt. Sie kennen ja mein ganzes Unglück, Hedwig, und wenn ich Ihnen sage, daß meine Mittheilung auf dasselbe Bezug hat, so wird Ihr theilnehmendes Gemüth Sie gewiß dazu bestimmen, mich anzuhören."

Einen Augenblick schaute Hedwig ihre Gefährtin überrascht und unschlüssig an, als sie aber den flehenden Ausdruck in deren Augen bemerkte, erwiderte sie rasch:

„Gern bin ich hierzu bereit, wenn dies zur Linderung Ihres Kummers irgendwie beitragen kann. Doch dürfen wir nicht zu weit und nicht zu lange uns entfernen, da unsere Abwesenheit sonst Besorgniß erregen könnte."

„Diese Besorgniß soll uns keinen Schmerz mehr bereiten," sprach Marga mit eigenthümlicher Betonung, während sie Hedwig mit sich fortzog.

Ganz in der Nähe hörte man das Rauschen und Gurgeln des Wassers, welches an dieser Stelle sehr tief war und mit reißender Schnelligkeit dahinfloß, und dorthin führte Marga das jüngere Mädchen.

„Sehen Sie nur, welch' ein vortrefflicher Weg hier angelegt ist," sprach sie, am Rande des Stromes angelangt, „und wie melodisch rauschen die Wellen hier an uns vorüber! Ist es Ihnen nicht, als lockten dieselben uns zu sich hinab und haben Sie nicht auch das Gefühl, als müßten Sie diesem Locken folgen, um dort unten alle Schmerzen und Qualen dieses elenden Daseins für immer zu vergessen?"

„Wie können Sie nur so sprechen, gnädiges Fräulein!" versetzte Hedwig schaudernd. „Wahrhaftig, Ihre Leiden müssen schrecklich sein, wenn sie derartige verzweifelte Gedanken Ihnen einflößen. Glauben Sie mir, ich nehme den innigsten Antheil an Ihrem Schmerze und alles, was in meinen Kräften steht, um denselben zu lindern, das werde ich mit Freuden thun."

Marga lachte laut und höhnisch auf.

„Alles wollen Sie thun, um mich weniger unglücklich zu machen und das sagen Sie mir so dreist ins Gesicht, obwohl es nichts als eine hohle Phrase ist! Mädchen, Du weißt nicht, was Du sprichst, Du hast keinen Begriff davon, wie furchtbar Deine Worte mich erregen und zu hellen Verzweiflung aufstacheln! Wie, Du fürchtest Dich vor mir, Du willst vor mir fliehen! Noch kannst Du bleiben, unbesorgt um Dein elendes Leben, erst mußt Du wissen, was mir das Dasein so verhaßt macht, was mich zum Wahnsinn, zum Verbrechen treibt."

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

— Eine wahre Hungerepidemie als Nachfolgerin der Influenza herrscht in mehreren Ländern des südlichen Europas. In Madrid ist das Elend grenzenlos; die Temperatur sank während der letzten Woche auf 7 bis 8 Grad unter Null. Die Arbeiter hatten infolge der Festtage und der Krankheit keinen Verdienst, die Frauen und Kinder laufen zu Hunderten hungernd und bettelnd durch die Straßen. Die ärmlichen Wohnungen haben keinen Ofen, die Bewohner keine warmen Kleider. Jeden Morgen findet man ein Dutzend Menschen auf der Straße von Hunger und Kälte erstarrt. Die Influenza geht bei einem Drittel der Kranken in Lungenentzündung über; die Todesfälle steigen auf 200 bis 300 täglich. Der Gouverneur der Stadt hat den Direktionen der Krankenhäuser und der Kirchhöfe untersagt, die Zahl der Gestorbenen mitzutheilen, die meist in der Nacht beerdigt werden. Gleiche Zustände werden aus Barcelona gemeldet, und wenn auch alle Vereine die umfassendste Thätigkeit zur Linderung der Noth treffen, so bleibt dies doch nur Stückwerk gegenüber dem riesenhaften Umsichgreifen des Uebels. In Lissabon, wo anläßlich der Krönungsfeier des Königs Don Carlos 37 000 Fremde allein aus den Provinzen zusammenströmten, hat die Influenza furchtbare Verheerungen angerichtet; dazu kam die für Portugal ganz ungewöhnliche Kälte bis 5 Grad unter Null, welche die Zahl der Todesfälle vom 25. Dezember bis 2. Januar auf 2400 anwachsen ließ. In den ärmeren Stadtvierteln sind die Häuser nur noch mit hungernden und frierenden Kranken angefüllt. Noch erschreckender sind die Berichte über die Epidemie und die Hungersnoth auf Sizilien, und selbst aus Athen und Griechenland treffen die gleichen Schilderungen ein. Im Schlosse des Königs Georg und mehr noch bei der Prinzessin Sophie laufen täglich Hunderte von Bittgesuchen ein und sobald ein Mitglied der königlichen Familie die Straße betritt, wird es auf Schritt und Tritt von hungernden Bettlern umringt.

— Die Influenza grassirt außer in London auch sehr heftig in den Provinzen. In Birmingham allein sollen 50 000 Menschen davon befallen sein. Alle Londoner Krankenhäuser sind mit Influenzakranken überfüllt. Der Ackerbauminister Chaplin hatte einen heftigen Influenzaanfall. Der Premierminister Lord Salisbury ist in rascher Genesung begriffen.

— Kartellstatistik. Der „Wüstegiersdorfer Gebirgsbote", ein Kartellblatt, berichtet in Nummer 5 wörtlich: „Getraut wurden 56 Brautpaare, darunter 25 ehrliche und 31 gefallene Bräute."

Eins und Alles.

Im Grenzenlosen sich zu finden,
Wird gern der Einzelne verschwinden,
Da löst sich aller Ueberdruß;
Statt heißem Wünschen, wildem Wollen,
Statt läst'gem Fordern, strengem Sollen,
Sich aufzugeben, ist Genuß.

Weltseele, komm', uns zu durchdringen!
Dann mit dem Weltgeist selbst zu ringen,
Wird unsrer Kräfte Hochberuf.
Theilnehmend führen gute Geister,
Gelinde leitend, höchste Meister,
Zu dem, der Alles schafft und schuf.

Und umzuschaffen das Geschaff'ne,
Damit sich's nicht zum Starren waffne,
Wirkt ewiges, lebend'ges Thun.
Und was nicht war, nun will es werden
Zu reinen Sonnen, farb'gen Erden;
In keinem Falle darf es ruhn.

Es soll sich regen, schaffend handeln,
Erst sich gestalten, dann verwandeln;
Nur scheinbar steht's Momente still.
Das Ew'ge regt sich fort in Allen;
Denn Alles muß in Nichts zerfallen,
Wenn es im Sein beharren will.

Verantwortlich für die Redaktion: H. Watermann; Druck und Verlag: Paul Hug in Bant.

Landesbibliothek Oldenburg